

pax
christi

Internationale Katholische
Friedensbewegung

DV Fulda
25. – 27.10.2013
Beschlüsse

Beschlüsse der DV 2013

Beschluss Nr. 1 und 2

Neue Satzung und neue Geschäftsordnung

Die Delegiertenversammlung beschließt mit großer Mehrheit eine neue Satzung und eine neue Geschäftsordnung.

Beschluss Nr. 3

Krieg ächten – Gerechter Friede weiter entwickeln

50 Jahre nach Pacem in Terris - Für eine friedensethische Neuorientierung

pax-christi-Kongress 2015

Im Frühjahr 2015 führt die deutsche Sektion einen friedensethischen Kongress durch, der angesichts aktueller friedenspolitischer Herausforderungen die Überlegungen der Dokumente „Pacem in Terris“ und „Gerechter Friede“ weiter entwickelt.

Beschluss Nr. 4

pax christi-Logo

Der Olivenzweig wird als Symbol der pax christi-Bewegung in das neue Logo eingefügt.

Beschluss Nr. 5

Weiterführung der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“

bis zur Bundestagswahl 2017

Die Deutsche Sektion von pax christi beantragt im Trägerkreis der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel die Weiterführung der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ bis zur Bundestagswahl 2017.

Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ wird bis zur Bundestagswahl 2017 einer der Arbeitsschwerpunkte der Deutschen Sektion von pax christi sein.

Beschluss Nr. 6

Kommission „Rüstungsexport“

Die Deutsche Sektion von pax christi setzt eine Kommission „Rüstungsexport“ ein.

Die Kommission hat den folgenden Arbeitsauftrag:

- Fortsetzung der inhaltlichen Arbeit auf der Basis der Ergebnisse der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.
- Fortsetzung der Kooperation mit den Mitgliedern von Trägerkreis und Aktionsbündnis der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.
- Gestaltung der Lobbyarbeit zum Thema in Kooperation mit der Generalsekretärin.
- Unterstützung der pax christi-Öffentlichkeitsarbeit zum Thema.
- Planung und Erarbeitung von Impulsen für das Engagement innerhalb der Bewegung und anderer katholischer Organisationen zum Thema.

Als Mitglieder der Kommission wurde gewählt

Rüdiger Bienstadt, Wiesbaden

Harald Hellstern, Stuttgart

Fabian Sieber, Erfurt

Karl Heinz Wiest, Kirchheim/Teck

Beschluss Nr. 7

Deutschland soll mindestens 50.000 syrische Flüchtlinge aufnehmen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verhandlungen zu einer Konfliktlösung in Syrien mit allen Kräften voran zu treiben.

Die pax christi Delegiertenversammlung, die am 25.-27.10.2013 in Fulda tagte, fordert die Bundesregierung auf, alles zu tun, um die Genf 2 Verhandlungen zu Syrien zu einem Erfolg werden zu lassen. Alle Akteure innerhalb von Syrien, besonders auch diejenigen, die auf gewaltfreie Lösungen setzen, müssen zu den Verhandlungen eingeladen werden.

Zu den externen, für Genf 2 zentral wichtigen Akteuren gehört der Iran. Hier ist die Bundesregierung gefordert, vor allem gegenüber den USA, für eine Einbeziehung des Iran einzutreten.

Syrien braucht eine gerechte politische Lösung. Nach zweieinhalb Jahren Bürgerkrieg sind ein Ende der Gewalt und die Sicherheit für die Bevölkerung das Wichtigste. Waffenlieferungen an alle Konfliktparteien sind dafür kontraproduktiv.

Die Vernichtung der C-Waffen in Syrien ist ein erster wichtiger Schritt der Deeskalation. Des Weiteren muss unbeschadet der notwendigen Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten allen Seiten ein gesichtswahrender Ausweg eröffnet werden.

Die Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien würde westliches Entgegenkommen deutlich machen und so die politische Lösungssuche erleichtern. Zur Verbesserung der humanitären Lage muss sich die Bundesregierung stärker engagieren. Mittlerweile sind die Nachbarländer von Syrien mit einer weiteren Aufnahme von Flüchtlingen überfordert. pax christi fordert, dass die Bundesrepublik mindestens 50.000 syrische Flüchtlinge unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit vorübergehend aufnimmt. Das trägt auch zur politischen Stabilisierung der Nachbarländer bei.

pax christi fordert darüber hinaus mehr humanitäre Hilfe im Land. Die Bundesregierung muss die internationalen Hilfsorganisationen wie UNHCR, UNWRA, UNICEF, Oxfam und Rotes Kreuz stärker unterstützen. Hilfsgelder für Organisationen, die den Krieg in Syrien fortsetzen wollen oder sich einem Waffenstillstand verweigern, müssen eingefroren werden.